



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Ruth Müller, Annette Karl, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Margit Wild, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Bosnien und Herzegowina: Territoriale Integrität wahren – Integration in die EU fördern – Frieden und Stabilität sichern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag sieht mit großer Sorge die wachsenden Spannungen und Separationsbestrebungen in Bosnien und Herzegowina. Jede Form von Ethnonationalismus stellt eine Gefahr für die gleichberechtigte Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger am demokratisch-politischen Prozess dar und steht nicht im Einklang mit den Werten der EU. Zudem gefährden die aktuellen politischen Entwicklungen die territoriale Integrität des Landes und den Frieden in der Region.

Der Landtag verurteilt die Instrumentalisierung von vermeintlich ethnischen Differenzen, die Blockade von Reformen, Korruption und Klientelismus sowie die separatistische Agitation von völkisch-nationalistischen Politikern wie des bosnischen Serbenführers und Mitglieds des Staatspräsidiums Milorad Dodik auf das Schärfste.

Die EU trägt eine historische Verantwortung für die Überwindung der unvollendeten Verfasstheit Bosniens und Herzegowinas auf Grundlage des Friedensabkommens von Dayton vom 14.12.1995. Angesichts des russischen Angriffskriegs in der Ukraine und des wachsenden Einflusses von China und Russland auf dem Westbalkan unterstützt der Landtag die europäischen und bundespolitischen Bemühungen für eine rasche EU-Anbindung von Bosnien und Herzegowina und weiteren Ländern des westlichen Balkans.

Der Landtag unterstützt die Umsetzung des 2016 in Kraft getretenen Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens mit dem Ziel des Erhalts eines stabilen Friedens sowie der Erreichung einer starken, pluralistischen Demokratie in Bosnien und Herzegowina.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, ihren Einfluss auf die Europäische Kommission zu nutzen, um Frieden und Stabilität in Bosnien und Herzegowina zu gewährleisten, indem

- wie von Bundeskanzler Olaf Scholz bei seiner jüngsten Balkanreise demonstriert, intensiv an einer EU-Beitrittsperspektive für Bosnien und Herzegowina und für die Länder der Westbalkanregion gearbeitet wird,
- Personen, Institutionen und Unternehmen mit geeigneten Sanktionen belegt werden, die Bosnien und Herzegowinas territoriale Souveränität, die verfassungsmäßige Ordnung, die internationale Rechtspersönlichkeit und die Sicherheit in Bosnien und Herzegowina gefährden,
- die Transformation zu einer pluralistischen Demokratie mittels europäischer Institutionen enger begleitet wird, z. B. durch eine vertiefte europäische Zusammenarbeit

- mit demokratisch-legitimierten Institutionen, insbesondere mit dem EU-Sonderbeauftragten,
- das Amt des Hohen Repräsentanten für Bosnien und Herzegowina (OHR) gestärkt wird im Sinne einer regelmäßigen Berichterstattung in den Gremien der internationalen Gemeinschaft und einer Umsetzung der 5+2-Agenda,
 - die pluralistisch-demokratische Zivilgesellschaft zum Erhalt von Frieden und Stabilität in Bosnien und Herzegowina und den Ländern des Westbalkans stärkere Förderung erhält,
 - für junge Menschen Perspektiven für Bildung und Arbeit geschaffen werden, z. B. durch die weitere finanzielle und politische Unterstützung des bilateralen Regionalen Jugendwerks (RYCO),
 - gemeinsam mit dem OHR, dem Europarat, der EU sowie der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) freie, geheime und faire Wahlen im Oktober 2022 sichergestellt werden für die Präsidentschaft, die Parlamentarische Versammlung Bosnien und Herzegowinas, die Parlamente der Föderation und der Republika Srpska und die zehn Kantone in Bosnien und Herzegowina.

Weiter wird die Staatsregierung aufgefordert, durch eigene Maßnahmen Projekte mit Bosnien und Herzegowina insbesondere in den folgenden Bereichen zu fördern:

- Austauschprogramme für Jugendliche, Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft sowie der Wissenschaft
- Erfahrungsaustausch im Bereich der dualen Ausbildung
- Forschungs- und Hochschulkooperationen
- zivilgesellschaftliche Projekte zur Stärkung der Demokratie- und Rechtsstaatlichkeit
- Ausbau der regionalen Zusammenarbeit bei der Modernisierung kommunaler Dienste

Begründung:

Das 1995 geschlossene Friedensabkommen von Dayton beendete den vierjährigen „Bosnien-Krieg“ mit mindestens 105 000 Toten und weiteren 2,2 Mio. Vertriebenen. Bis heute fehlt eine politische und gesellschaftliche Aufarbeitung der Kriegsverbrechen mit dem Ziel einer Versöhnung und Vertrauensbildung.

In den letzten Jahren haben im Durchschnitt 100 000 Menschen jährlich ihre Heimat verlassen. Die politische Krise in Bosnien und Herzegowina droht sich zu einer regionalen Sicherheitskrise ausweiten. 30 Jahre nach dem Krieg wächst die Angst vor erneuten militärischen Konflikten. Im Dezember 2021 stimmte das Parlament der bosnisch-serbischen Entität (Republik Srpska) für den Rückzug aus der gesamtstaatlichen Armee sowie dem Justiz- und Steuersystem der Zentralregierung. Nationalisten der Republika Srpska wollen sich von Bosnien und Herzegowina abspalten. Unterstützung erhalten sie aus Serbien, Kroatien und auch Russland. Putin zeigt Interesse, die Westbalkanregion und damit die EU zu destabilisieren. Die EU steht in der Verantwortung, den Destabilisierungsversuchen entschieden entgegenzuwirken und Demokratie und Frieden am Westbalkan zu gewährleisten.

„Der Westbalkan gehört zu Europa. Alle seine Länder müssen künftig auch zur Europäischen Union gehören“, so Bundeskanzler Olaf Scholz am 4. Mai 2022.